



NEWSLETTER JUNI 2026

Liebe Dortmunder*innen,
liebe Freund*innen,
liebe Genoss*innen,

ich freue mich sehr, dass mich die SPD Dortmund vor Kurzem für die Landtagswahl 2027 erneut als Kandidatin für unseren Wahlkreis aufgestellt hat. Diese Entscheidung ist für mich vor allem ein Auftrag, weiter konsequent für die Menschen in unserer Stadt und in unserem Land zu kämpfen. Für mehr soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit, für verlässliche Kitas, für bezahlbares Wohnen und für echte Chancengleichheit. Denn Politik ist für mich keine abstrakte Aufgabe, sondern immer konkret. Sie entscheidet darüber, wie Familien ihren Alltag bewältigen, wie sicher Arbeitsplätze sind und ob man sich am Ende des Monats noch etwas leisten kann.

Ich denke dabei besonders an Menschen wie Alex, eine junge Mutter aus unserem Wahlkreis, die ich vor kurzem bei einem Termin kennengelernt habe. Sie versucht jeden Tag, Familie, Beruf und Verantwortung unter einen Hut zu bringen und dabei immer höhere Belastungen im Alltag und unsichere Rahmenbedingungen zu meistern. Sie hat den Wunsch, sich und ihren Kindern eine gute Zukunft zu ermöglichen. Für Menschen wie sie will ich Politik machen. Für sie will ich kämpfen. Das ist mein Antrieb – und genau deshalb möchte ich meine Arbeit im Landtag fortsetzen.

Ich lade Sie/Euch ein, diesen Weg gemeinsam mit mir weiterzugehen und die kommenden Jahre aktiv mitzugestalten.

Aber damit das überhaupt möglich ist, haben wir nun ein Jahr Zeit, die Menschen davon zu überzeugen, dass dies nur mit der SPD möglich sein wird. Ich bitte Sie/Dich deshalb, mich im Wahlkampf zu unterstützen. Im Gespräch mit Nachbar*innen und Freund*innen, in Berichten über Begegnungen mit mir oder – warum eigentlich nicht – als Teil meines engagierten Wahlkampfteams. Auch hier wird jede helfende Hand gebraucht.

Nun wünsche ich aber erst einmal eine interessante Lektüre dieses Wahlkreis-Newsletters, der nach einer längeren Pause endlich wieder erscheint.

Mit solidarischen Grüßen

Ihre/Eure

A handwritten signature in black ink that reads "Anja Butschkau".



Anja Butschkau MdL

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231–58 56 18
Fax: 0231–58 56 28
anja@anja-butschkau.de



Immer auf dem
Laufenden bleiben!
**Whats-App-Kanal
abonnieren!**

Nordrhein-Westfalen braucht eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Nordrhein-Westfalen steht vor großen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen. Steigende Arbeitslosenzahlen, tausende Unternehmensinsolvenzen und wachsender Druck durch hohe Energiepreise zeigen deutlich, dass viele Arbeitsplätze nicht mehr so sicher sind, wie sie es lange waren. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten spürbar. Das ist eine Belastung, die insbesondere Familien mit kleinen und mittleren Einkommen hart trifft. Wer, wie Bundeskanzler Friedrich Merz, jetzt nur auf mehr Leistung der Beschäftigten setzt, greift zu kurz. Es braucht eine Politik, die Sicherheit gibt, Perspektiven schafft und den Wandel aktiv gestaltet. Der Arbeitsmarkt steht dabei vor einem doppelten Problem. Einerseits suchen viele Menschen Arbeit, andererseits fehlen Fachkräfte. Diese Schieflage beginnt bereits beim Übergang von der Schule in den Beruf. Zu viele junge Menschen finden keinen Ausbildungsplatz oder bleiben ohne Abschluss, während gleichzeitig Betriebe händeringend Nachwuchs suchen. Eine starke duale Ausbildung, bessere Berufsorientierung und verlässliche Übergänge in Ausbildung und Arbeit sind deshalb zentrale Bausteine, um die Fachkräftebasis von morgen zu sichern. Klar ist: Wer heute nicht ausbildet, hat morgen keine Fachkräfte.

Gleichzeitig muss Nordrhein-Westfalen vorhandene Potenziale besser nutzen. Noch immer arbeiten viele Frauen unter ihren Möglichkeiten, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht ausreichend gewährleistet ist. Fehlende Betreuungsangebote, unflexible Arbeitszeiten und ungleiche Verteilung von Sorgearbeit bremsen Erwerbschancen aus. Eine moderne Arbeitsmarktpolitik muss hier mit besseren Angeboten in der frühkindlichen Bildung, flexibleren Arbeitsmodellen und einer stärkeren Tarifbindung, die faire Löhne sichert, ansetzen.

Die Transformation der Wirtschaft hin zu klimaneutralen und digitalen Produktionsweisen stellt Unternehmen und Beschäftigte vor enorme Herausforderungen. Damit dieser Wandel gelingt, dürfen Beschäftigte nicht allein gelassen werden. Weiterbildung und Qualifizierung müssen zum Standard werden, gerade auch in Zeiten von Kurzarbeit. Instrumente wie Job-Drehscheiben können helfen, Menschen frühzeitig von einem Arbeitsplatz in den nächsten zu bringen, bevor Arbeitslosigkeit überhaupt entsteht. Das sichert Fachkräfte und gibt den Betroffenen neue Perspektiven.

Gleichzeitig braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise, gezielte Investitionsförderung und klare Bedingungen für staatliche Unterstützung, etwa Standorttreue, Beschäftigungssicherung und Tarifbindung. Nur wenn wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung zusammengedacht werden, kann Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein starker Industriestandort bleiben.

Deshalb setzen wir uns für eine aktive Arbeitsmarkt- und Industriepolitik ein, die Arbeitsplätze sichert, Beschäftigte stärkt und den Wandel sozial gestaltet. Nordrhein-Westfalen hat die Voraussetzungen, gestärkt aus dieser Transformation hervorzugehen. Ja, wenn denn auch jetzt endlich die richtigen politischen Weichen gestellt werden.



**Arbeitsplätze
sichern,
bevor
sie weg sind.**



SPD-Antrag „Arbeitsplätze sichern, Arbeitnehmende stärken, Transformation gestalten – NRW für die Zukunft aufstellen“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-18995.pdf>

Tausende Jugendliche ohne Perspektive – NRW muss jetzt handeln

Rund 35.000 junge Menschen verlassen in Nordrhein-Westfalen die Schule ohne klare berufliche Perspektive. Das ist eine alarmierende Entwicklung, die wir im Landtag in einer Aktuellen Stunde thematisiert haben. Während Fachkräfte dringend gesucht werden, fehlt es gleichzeitig an ausreichender Unterstützung für den Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf. Bestehende Programme wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sind wichtig, aber seit Jahren finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Es braucht jetzt entschlossenes Handeln, damit kein junger Mensch verloren geht und alle eine echte Chance auf Ausbildung, Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben erhalten.

Wir wollen

- ✓ **bessere Berufsberatung**
- ✓ **Matching verbessern**
- ✓ **Jugendberufs-agenturen stärken**
- ✓ **Qualifizierungsjahr besser vergüten**

Kommunale Finanzkrise spitzt sich zu – Land darf Städte nicht länger im Stich lassen

In einer zweiten Aktuellen Stunde der Plenarwoche im Mai rückt die dramatische Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen in den Fokus. Während das Land 2025 einen Haushaltsüberschuss von über 2 Milliarden Euro erzielen konnte, haben die Kommunen im selben Zeitraum ein Rekorddefizit von mehr als 9 Milliarden Euro verzeichnet. Diese massive Schieflage gefährdet die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zunehmend. Gleichzeitig wird die Lage nicht besser. Im Gegenteil: globale Krisen wie die geopolitischen Spannungen und die Auswirkungen der Iran-Krise verschärfen die wirtschaftliche Unsicherheit und werden auch die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten.

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist für uns nicht hinnehmbar. Wenn das Land Überschüsse erwirtschaftet, während Kommunen in existenzielle Defizite rutschen, braucht es endlich eine faire Finanzpolitik und eine verlässliche Unterstützung der Städte und Gemeinden.

KiBiz-Reform in NRW: Stückwerk statt echter Neustart – wir bleiben dran

Die schwarz-grüne Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) vorgelegt und damit erhebliche Kritik bei Trägern, Verbänden, Gewerkschaften und Fachleuten ausgelöst. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW warnte nach Veröffentlichung insbesondere vor grundlegenden strukturellen Problemen. Das Finanzierungssystem über Kindpauschalen bleibe unzureichend, echte Planungssicherheit für Träger fehle weiterhin und der finanzielle Ausgleich realer Personal- und Sachkosten werde nicht ausreichend gewährleistet. Auch die geplanten flexiblen Gruppen- und Betreuungsmodelle stießen auf deutliche fachliche Kritik, da sie die pädagogische Qualität und den Kinderschutz gefährden können.

Wir als SPD-Landtagsfraktion NRW teilen diese Einschätzung. Diese Reform ist kein echter Neustart für die frühkindliche Bildung in NRW, sondern bleibt hinter dem zurück, was Kinder, Familien, Fachkräfte und Träger brauchen. Statt eines grundlegenden Systemwechsels werden bestehende Probleme lediglich verwaltet.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Landesregierung nach der Einbringung des Gesetzentwurfs selbst zentrale Teile ihrer Reform wieder zurückgezogen hat, noch vor der Sachverständigen-Anhörung im Landtag. Für die schwarz-grüne Koalition wurde eine sogenannte Formulierungshilfe für Änderungsanträge bereitgestellt, denn Änderungen am Gesetzentwurf kann nur noch der Landtag vornehmen. Das zeigt deutlich, wie groß der Druck aus Fachpraxis, Verbänden und Opposition geworden ist.

Gemeinsam mit der Freien Wohlfahrtspflege, den kommunalen Spitzenverbänden und den Ge-



werkschaften haben wir deutlich gemacht, dass Kinder, Familien und Beschäftigte in den Kitas mehr erwarten können und mehr verdienen als diese Reform in ihrer ursprünglichen Form vorgesehen hat. Unsere Kritik hat Wirkung gezeigt. Und das ist gut so.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass auch die Nachbesserungen im Gesetz die grundlegenden Probleme nicht lösen werden. Das sogenannte Kern- und Randzeitenmodell, das erlaubt, dass in Randzeiten auch weniger qualifiziertes Personal die Betreuung der Kinder übernehmen kann, bleibt in einer abge-

schwächten Form weiter bestehen und ist aus pädagogischer und kinderschutzfachlicher Sicht weiterhin kritisch zu bewerten. Auch große Gruppen von bis zu 29 Kindern bleiben, wenn auch befristet, möglich. Zudem sorgt das Finanzierungssystem über zusätzliche Buchungsschritte eher für mehr Bürokratie als für mehr Verlässlichkeit.

Wir sagen deshalb weiterhin klar, dass das KiBiz keinen Reparaturbetrieb braucht, sondern einen echten Systemwechsel. Statt Kindpauschalen braucht es eine einrichtungsbezogene Sockelfinanzierung, die Personal- und Sachkosten realistisch abbildet und echte Planungssicherheit schafft. Ergänzend setzen wir uns für eine Fachkräfte-Offensive und kommunale Vertretungspools ein.

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden die Anhörungen und die weiteren Beratungen im Landtag weiterhin kritisch begleiten und für eine frühkindliche Bildung kämpfen, die verlässlich, gut ausgestattet und pädagogisch hochwertig ist.

SPD-Antrag „Landesregierung bricht Versprechen von Stabilität und Verlässlichkeit für Kitas und Kindertagespflege. Das „Schlechte-Kita-Gesetz“ stoppen!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-18081.pdf>

Führungsverantwortung ernst nehmen – Vorwürfe gegen Ministerin Scharrenbach lückenlos aufklären

Wir sehen mit großer Sorge die Vorwürfe gegen Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) im Umgang mit Mitarbeiter*innen ihres Ministeriums und den Umgang der Landesregierung damit. Wenn Beschäftigte von Angst, Druck und gesundheitlichen Folgen berichten und selbst die Ministerin Fehler einräumt, braucht es vor allem eines: vollständige Transparenz und unabhängige Aufklärung. Stattdessen erleben wir ein Ausweichen der Verantwortung und ein Verhalten des Ministerpräsidenten, das seiner Fürsorgepflicht nicht gerecht wird. Wir setzen uns deshalb klar

dafür ein, die Vorwürfe durch einen unabhängige*n Sonderermittler*in untersuchen zu lassen und die Führungskultur in der Landesregierung nachhaltig zu verbessern.

SPD-Antrag „Führungsversagen innerhalb der Landesregierung unter Ministerpräsident Hendrik Wüst“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-19002.pdf>

Gesundheit beginnt vor Ort: Versorgung im Quartier stärken

Eine gute Gesundheitsversorgung entscheidet sich im Alltag der Menschen, direkt vor der eigenen Haustür. Lange Wartezeiten, fehlende Arztpraxen, zu wenig barrierefreier Wohnraum und zunehmende Einsamkeit machen deutlich, wie groß die Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen sind. Gefragt ist jetzt ein Ansatz, der Medizin, Pflege, Prävention und soziale Teilhabe im Quartier zusammenbringt, statt nur einzelne Probleme isoliert zu betrachten. Deshalb setzen wir uns für starke, vernetzte Strukturen vor Ort ein, die eine verlässliche und gerechte Versorgung für alle ermöglichen.

SPD-Antrag „Gesundheitsversorgung im Quartier stärken – wohnortnah, barrierefrei, verlässlich und sozial integriert“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-18998.pdf>

Grüne Oasen stärken – Kleingärten zukunftsfest machen

Kleingärten sind für viele berufstätige Familien ein unverzichtbarer Rückzugsort – mitten im Alltag, mitten in der Stadt. Doch zahlreiche Anlagen sind in die Jahre gekommen, und notwendige Investitionen überfordern oft die ehrenamtlich getragenen Vereine. Gleichzeitig bieten gerade diese grünen Oasen enormes Potenzial für Klimaschutz, soziale Begegnung und lebenswerte Quartiere. Deshalb setzen wir uns für ein gezieltes Investitionsprogramm ein, das die Sanierung maroder Kleingartenanlagen und die energetische Sanierung der Vereinsheime unterstützt und sie so langfristig sichert.

SPD-Antrag „Weil Freizeit ein Muss ist: In Kleingärten investieren, Oase der berufstätigen Familie modernisieren“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-18999.pdf>



**Für unsere Kleingärten.
Sanieren statt
verfallen lassen!**

Zukunft für das Ruhrgebiet sichern - Ruhrkonferenz neu aufstellen

Die Ruhrkonferenz sollte das zentrale Zukunftsprojekt der Landesregierung für das Ruhrgebiet sein, verliert jedoch zunehmend an politischer Wirkung und Steuerungskraft. Haushaltsmittel werden kaum noch genutzt, viele Maßnahmen bleiben ohne erkennbare Wirkung. Gleichzeitig bestehen die Herausforderungen weiter: wirtschaftlicher Strukturwandel, soziale Spaltung und

Investitionsrückstände. Für uns ist klar, dass das Ruhrgebiet eine starke, koordinierte Strukturpolitik statt politischer Symbolik braucht. Deshalb fordern wir eine ehrliche Bilanz der Ruhrkonferenz und ein neues, verbindliches Zukunftskonzept für die Region.

SPD-Antrag „Das Ruhrgebiet nicht länger vertrösten – Versagen der Landesregierung bei der Ruhrkonferenz beenden“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-19001.pdf>

Industrie unter Druck – NRW muss jetzt handeln

Wir sehen mit großer Sorge, dass Nordrhein-Westfalen unter Schwarz-Grün seine industrielle Stärke aufs Spiel setzt – gerade Schlüsselbranchen wie die metallverarbeitende Industrie geraten massiv unter Druck. Statt einer Industriepolitik „aus einem Guss“ erleben wir Stückwerk, hohe Energiekosten und politische Rahmenbedingungen, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung gefährden. Dabei ist unsere Metallindustrie, z.B. Gießereien unverzichtbar für Klimaschutztechnologien, Kreislaufwirtschaft und unsere wirtschaftliche Souveränität. Wir setzen uns deshalb für verlässliche Energiepreise, faire Wettbewerbsbedingungen und eine aktive Industriepolitik ein, die den Standort NRW sichert und zukunftsfest macht.

SPD-Antrag „Stückwerk statt Gusswerk – Nordrhein-Westfalen verliert mit Schwarz-Grün seine industrielle DNA“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD18-18996.pdf>

Unhaltbare Missstände am Clarenberg

Einen ganzen Winter lang keine Heizung, extrem hohe Heizkosten-Nachzahlungen von vielen Tausend Euro, dauerhaft defekte Aufzüge, Wasserschäden, überfüllte Mülltonnen, Ratten in der Siedlung... Die Missstände am Clarenberg sind groß und die Liste lässt sich noch weiter ergänzen. Von der Berichterstattung in den Medien aufmerksam gemacht, lud ich zur Bürgersprechstunde am Clarenberg. Und als ich ankam, wartete bereits eine Traube verzweifelter Mieter*innen, die unter den Missständen leiden, auf mich.

Nach Gesprächen mit dem LEG-Vorstand konnten einige Probleme zeitnah oder perspektivisch gelöst werden, z.B. die Heizungsausfälle oder die schlechte Wartung der Aufzüge. Die Mieter*innen erhielten zudem einen 20-prozentigen „Rabatt“ auf ihre Heizkosten – aus Kulanz. Hintergrund der hohen Heizkosten: Die Heizenergie wird im Rahmen eines Wärme-Contractings nicht mehr von der DSW21 bezogen, sondern von einem LEG-eigenen Tochterunternehmen. Der Mieterverein Dortmund vermutet, dass diese von der Konzernmutter LEG einen viel zu hohen Energiepreis verlangt. Während Privatvermieter nur die Kosten an die Mieter*innen weitergeben dürfen und das wirtschaftlichste Angebot einholen müssen, kann die LEG mit ihrem Firmengeflecht indirekt die Preise selbst bestimmen. Denn





auch die Heizungsanlage gehört einer anderen Tochterfirma, so dass Transparenz für Mieterinnen und Mieter nicht mehr möglich ist.

Dieses Thema wollen wir auch als SPD Dortmund angehen und auf Bundesebene anregen, diese Geschäftspraktiken zu regulieren. Und natürlich bleibe ich dran und unterstütze die Mieter*innen am Clarenberg weiter, die Wohnverhältnisse in der Siedlung zu verbessern.

Der Mieterverein Dortmund berichtet in seiner Mitgliederzeitschrift „Mieterforum“ ausführlich über den Clarenberg: <https://mieterforum.mvdo.de/mieterforum/83/>

Hunderte in Dortmund setzen Zeichen für Gleichstellung und Inklusion

Am 5. Mai, dem Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, sind in vielen Städten Menschen mit und ohne Behinderung auf die Straße gegangen, um für ihre Rechte und echte Teilhabe zu demonstrieren.

In Dortmund organisierte die AWO Dortmund gemeinsam mit anderen Verbänden eine Demonstration über den Wall bis zum Hauptbahnhof. Lautstark und sichtbar machten die Teilnehmenden deutlich, dass auch 20 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland der Weg zu echter Gleichstellung und umfassender Inklusion noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Demonstration war ein starkes Signal für mehr Barrierefreiheit, Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung. Und dafür, dass Inklusion nicht nur ein Anspruch bleiben darf, sondern in der Öffentlichkeit und Politik endlich als Menschenrecht wahrgenommen werden muss.



Bezahlbarer Wohnraum für Dortmund – DSG setzt öffentlichen Wohnungsbau in Hörde um

Die Entwicklung bezahlbaren Wohnraums bleibt eine der zentralen sozialen Herausforderungen in Dortmund. Die Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) zeigt in Hörde, wie Kommunen als Bauherren für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beitragen können.

An der Stettiner Straße entstehen derzeit 43 Wohnungen, davon 39 öffentlich gefördert. Viele davon sind familiengerecht, zudem energieeffizient. Weitere über 100 Wohnungen sowie eine Kita sind in den benachbarten Bauabschnitten geplant.

Gleichzeitig bleibt die Lücke groß. Dortmund bräuchte rund 900 neue Wohnungen pro Jahr. Die Wohnungsbauförderung des Landes reicht aktuell jedoch nur für etwa 200 geförderte Wohnungen. Das macht deutlich, dass kommunale Projekte zwar ein wichtiger Baustein sind – für eine echte Trendwende beim bezahlbaren Wohnen braucht es jedoch deutlich mehr Unterstützung von Land und Bund.



Sicherheit im Blick: Austausch mit Polizei in Lütgendortmund

Gemeinsam mit Bezirksbürgermeister Andreas Lieven und Vertreter*innen der Polizei Dortmund stand in Lütgendortmund ein Austausch zur aktuellen Sicherheitslage und zur Polizeiarbeit vor Ort auf dem Programm. Bei einem Rundgang durch den Stadtbezirk wurden Einsatzschwerpunkte, Herausforderungen und bereits umgesetzte Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit thematisiert. Der direkte Austausch mit den Einsatzkräften vor Ort liefert mir wichtige Einblicke in den polizeilichen Alltag und zeigt, wo weiterer Handlungsbedarf besteht.



Hörder Bahnhof: Sicherheit, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität im Blick

Viele Menschen empfinden den Bereich rund um den Hörder Bahnhof als unsicher und unangenehm, insbesondere in den Abendstunden oder in weniger gut beleuchteten Bereichen. Genau deshalb war ich gemeinsam mit Bürger*innen vor Ort unterwegs, um Hinweise direkt aufzunehmen und die Situation aus erster Hand zu bewerten. Verschmutzte Unterführungen, zu schwache oder defekte Beleuchtung sowie bauliche Mängel beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl. Hinzu kommt eine hohe Verunsicherung nach mehreren Gewaltereignissen. Auch fehlende Toiletten und unklare Zuständigkeiten wurden immer wieder genannt.

In einem anschließenden Austausch mit Deutscher Bahn, DSW21 und dem Jugendprojekt Rampe 2 konnten erste

konkrete Punkte adressiert werden. Gemeinsam setzen wir uns für die Reparatur von Beleuchtung, die Sanierung von Wandflächen sowie weitere Gespräche zur Aufwertung der Eingangsbereiche und die Installation eines Rollltores am Parkhaus ein.

Jetzt kommt es darauf an, dass die besprochenen Maßnahmen zügig umgesetzt werden und der Hörder Bahnhof Schritt für Schritt wieder zu einem Ort wird, an dem sich die Menschen sicherer und wohler fühlen.

Wie gefährlich ist der schadstoffbelastete Boden in Bövinghausen?

Sechs Monate lang lagerte abgetragenes schadstoffbelastetes Erdreich in Bövinghausen in mehreren Containern im öffentlichen Raum. Hintergrund war der Notabriss eines einsturzgefährdeten Hauses an der Provinzialstraße. Dabei wurde ein Metallfass mit einer mineralöhlhaltigen Flüssigkeit beschädigt. Die Stadt Dortmund ordnete deshalb die Abtragung und fachgerechte Entsorgung des kontaminierten Erdreiches an.

Danach passierte erstmal nichts. Es musste erst noch geklärt werden, wie das Erdreich entsorgt werden muss. In der Zwischenzeit gelangte Regenwasser in die Container, spülte den zu entsorgenden Boden auf und gelangte schließlich über den Gehweg in die Kanalisation, wie Nachbarn berichteten.



Zwar sind die Container endlich weg. Zwischenzeitlich beschäftigte mich aber das Ausmaß dieses Umweltschadens. Da auch das Landesamt für Umwelt, Natur und Klima in die Prozesse eingebunden war, interessiert mich vor allem, zu welchen Ergebnissen die Schadstoffmessungen kamen und wie Mensch und Umwelt gefährdet waren. Hierzu habe ich eine

Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, die schon bald beantwortet wird.

Solidarität mit den Beschäftigten bei thyssenkrupp Steel

Die Beschäftigten bei thyssenkrupp Steel auf der Westfalenhütte kämpfen für den Erhalt ihrer Forschungs- und Qualitätsabteilung und damit für ihre Zukunft am Standort. Nach Jahren voller Einschnitte sorgt die geplante Verlagerung nach Duisburg ohne Einbindung des Betriebsrats für große Verunsicherung. So darf man mit Beschäftigten nicht umgehen. Die SPD Dortmund steht deshalb an der Seite der Kolleginnen und Kollegen. Für den Standort, für gute Arbeit und für echte Mitbestimmung.



Perspektiven schaffen: Besuch bei der Werkstatt Solidarität

Die Werkstatt Solidarität in Bövinghausen leistet seit Jahrzehnten wichtige Arbeit für besonders benachteiligte junge Menschen, etwa Schulverweigerer, obdachlose Jugendliche oder junge Menschen mit traumatischen Erfahrungen. Vor Ort wurde deutlich, wie durch verlässliche Betreuung, eigene Wohnangebote und die Straßenschule neue Perspektiven geschaffen werden. Gerade für Jugendliche, die vom regulären System nicht mehr erreicht werden, sind solche Angebote unverzichtbar. Klar ist aber auch, dass es mehr Unterstützung aus der Stadtgesellschaft braucht, insbesondere bei der Bereitstellung von Wohnraum sowie Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten.



Informationsbedarf zu Bergschäden in Persebeck bleibt hoch

Die Tagesbrüche im Februar 2024 beschäftigen viele Menschen in Persebeck und Kruckel bis heute. Deshalb luden die SPD-Fraktion Hombruch und ich zu einer Bürger- und Informationsveranstaltung ein. In der bis zum letzten Platz gefüllten AWO-Begegnungsstätte Persebeck wurde deutlich, wie groß der Wunsch nach verlässlichen Informationen, Transparenz und direktem Austausch weiterhin ist. Gemeinsam mit Fachleuten konnten Fragen zu möglichen Risiken durch den Altbau, zur Sicherheit der Häuser und zu Sicherungsmaßnahmen beantwortet werden.



Gedenken an die Opfer der Karfreitagsmorde

Der SPD-Ortsverein Hörde-Süd legte am Gründonnerstag vor der früheren Polizeiwache in Hörde in Erinnerung an die Opfer der Karfreitagsmorde im Frühjahr 1945 einen Kranz nieder. In einer Rede gedachte ich den Ermordeten. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs ermordete die Gestapo im Frühjahr 1945 in der Bittermark und im Rombergpark mehr als 200 Menschen, darunter Zwangsarbeiter, Widerstandskämpfer und Kriegsgefangene. Viele wurden zuvor in der Steinwache



und eben hier in Hörde gefangen gehalten und gefoltert. In der späteren Polizeiwache befand sich von 1933 bis 1945 die regionale Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo).

Austausch mit Vereinen aus Lütgendortmund

Die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Lütgendortmund hatte zum Austausch eingeladen. Zu Gast waren Sport-, Kultur- und Kleingartenvereine aus dem Stadtbezirk. Ich stellte den Anwesenden vor, mit welchen Förderprogrammen das ehrenamtliche Engagement in Nordrhein-Westfalen gefördert wird. Aber auch, wo die schwarz-grüne Landesregierung mehr tun müsste. Gerne unterstütze ich die Vereine in meinem Wahlkreis bei der Suche nach passenden Fördermöglichkeiten für ihre Anliegen.

Gesamtschule Brünninghausen beim Girls' & Boys' Day

Einmal im Jahr lädt der Landtag Schüler*innen zum Girls' & Boys' Day in den Landtag. Bei dieser Jobmesse können Jungen und Mädchen einen Einblick in spannende Berufe erhalten, in denen ihr Geschlecht noch unterrepräsentiert ist. In diesem Jahr hatte ich Schüler*innen der Gesamtschule Brünninghausen zu dieser Veranstaltung in den Landtag eingeladen.



Bei #MitmischenNRW erhalten junge Menschen einen Einblick in die Politik

Einen Einblick in die Politik gibt das Mentor*innenprogramm #MitmischenNRW von Germanwatch e.V. engagierten Jugendlichen. Seit Anfang des Jahres besuchen mich Thea Stellpflug und Luca Rossler, um sich mit mir über politische und gesellschaftliche Entwicklungen auszutauschen.

Das Mentoring-Programm ermöglicht den direkten Austausch mit jungen, engagierten Mentor*innen und eröffnet neue Perspektiven. Ziel ist es, politisches Interesse und Engagement zu fördern und die Verbindung zwischen Politik und Jugend zu stärken.

